

Tabak-Arbeiter

Nr. 27 / Bremen, den 4. Juli 1931

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis monatlich 40 Pf. ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Pf. für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion und der Anzeigenannahme Montag. Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Heinrich Boraz, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. D. Schmalefeldt & Co. Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20. Telefon: Amt Domsheide 20780. Geld- und Einschreibensbureau an Johannes Krohn, Postfach. 5340 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen, An der Weide 20. Verbandsauschüßvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Wesenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24.

Ein Appell an die Reichsregierung

Die unterzeichneten Verbände, Deutscher Tabakarbeiter-Verband und Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands, richten erneut an den Herrn Reichskanzler und die hohe Regierung die dringende Bitte, den durch das Tabaksteuergesetz verdienstgeschädigten Tabakarbeitern und -arbeiterinnen, die durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930. zugesicherte Tabaksteuerunterstützung in dem versprochenen Ausmaße hinsichtlich der Höhe und der Zeitdauer auch über den 1. Juli 1931 hinaus zu gewähren.

Zur Begründung dieser Bitte verweisen wir darauf, daß die Tabaksteuerunterstützung beziehenden Tabakarbeiter und -arbeiterinnen nachgewiesenermaßen infolge des Tabaksteuergesetzes vom 1. Dezember 1930 arbeitslos bzw. verdienstgeschädigt worden sind. Ihre Arbeitslosigkeit und Verdienstschädigung ist, im Gegensatz zu anderen arbeitslosen Tabakarbeitern, nicht als Folge der Wirtschaftskrise, sondern als eine Folge des Tabaksteuergesetzes zu werten.

Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Tabakindustrie ist immer noch sehr groß, wie die monatlichen Erhebungen unserer Verbände und die Feststellungen der Arbeitsämter unzweifelhaft ergeben. Es muß weiter berücksichtigt werden, daß in den letzten Jahren infolge wiederholter Änderungen des Tabaksteuergesetzes und der dadurch fortlaufend verursachten Beunruhigungen des Tabakgewerbes, die Beschäftigungsmöglichkeit für die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Industrie außerordentlich ungünstig beeinflusst worden ist, so daß viele tausend Arbeitnehmer der Tabakindustrie in eine besondere Notlage geraten sind.

Die letzte Tabaksteuererhöhung hat aber noch einschneidender auf die Arbeitsmarktlage im Tabakgewerbe gewirkt. Die Erhebungen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes am 17. Januar und an den letzten Werktagen der Monate Januar bis Mai 1931 haben ergeben, daß durchschnittlich von je 100 Mitgliedern des Verbandes 89,39 Vollarbeiter, 45,31 Arbeitslose und 15,30 Kurzarbeiter waren. In den Monaten Januar bis Mai des Vorjahres waren dagegen in diesem Verbände 58,05 Vollarbeiter, 19,55 Arbeitslose und 22,40 Kurzarbeiter. Die regelmäßigen Erhebungen des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Dabei muß beim Vergleich dieser Zahlen noch berücksichtigt werden, daß in diesem angeführten Zeitraum des Vorjahres die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in erheblichem Maße durch die Erhöhungen der Tabakabgaben auf Zigaretten und Rauchtobak, die am 1. Januar 1930 in Kraft traten, schon beeinflusst worden war.

Aus Berichten, die uns in der jüngsten Zeit aus namhaften Produktionsgebieten des Reiches zugehen, ist festzustellen, daß die Wirkungen der Tabaksteuererhöhungen absolut noch nicht überwunden sind, sondern neuerliche umfangreiche Entlassungen und Betriebseinschränkungen hervorgerufen.

Der gänzliche Fortfall der den Tabakarbeitern bisher gewährten Tabaksteuerunterstützungen muß einen großen Teil der arbeitslosen Berufsangehörigen in die äußerste Notlage bringen. Fast ausnahmslos haben sie keinen Anspruch mehr auf die Unterstützung aus der reichsgerichtlichen Arbeitslosenversicherung, weil diese als ein Teil der Sonderunterstützung bereits zur Anrechnung gekommen ist. Von den Gemeinden und Gemeindeverbänden ist keine Hilfe zu erhoffen. Die Betriebe der Tabakindustrie befinden sich meist in kleinen Gemeinden. So ist z. B. von den Arbeitnehmern in der Zigarrenherstellung festzustellen, daß in Orten

bis zu 1000 Einwohner	17,4 Prozent
über 1000—2500 Einwohner..	30,7 Prozent
über 2500—5000 Einwohner..	21,6 Prozent

also insgesamt 69,7 Prozent

in Orten bzw. Gemeinden bis zu 5000 Einwohner beschäftigt werden.

In vielen Gemeinden bietet die Tabakindustrie den Arbeitern die einzige Erwerbsmöglichkeit. Durch die jahrelangen ungünstigen Produktionsverhältnisse sind auch die Finanzen der Gemeinden sehr ungünstig beeinflusst worden, so daß sie nicht imstande sind, den notleidenden Tabakarbeitern irgendwelche Unterstützung gewähren zu können.

Die zweite Notverordnung schließt aber weiter noch mehr als 50 Prozent aller in der Tabakindustrie beschäftigten Personen vom Bezuge der reichsgerichtlichen Arbeitslosenunterstützung aus, da mehr als 80 Prozent aller Beschäftigten Arbeiterinnen sind. Hinzu kommt ferner, daß mehr als 22 000 Heimarbeiter der Versicherungspflicht nicht mehr unterliegen sollen.

Ein erheblicher Teil der in der Tabakindustrie langjährig Beschäftigten ist nicht in der Lage, eine andere Berufsarbeit ausüben zu können. Es ist ihnen auch die Möglichkeit genommen, etwa durch Eigenfabrikation sich eine bescheidene Erwerbsquelle zu beschaffen, weil die erste Notverordnung die Errichtung neuer Betriebe im Tabakgewerbe bis zum 31. Dezember 1932 völlig verbietet.

Aus den angeführten Gründen, die nötigenfalls in einer persönlichen Aussprache noch wesentlich ergänzt werden können, bitten wir den Herrn Reichskanzler und die hohe Reichsregierung recht dringend, unserem Wunsch stattzugeben und den hartbedrängten Tabakarbeitern durch Weitergewährung einer Sonderunterstützung zu helfen.

Sollte bis zum 1. Juli d. J. die Wiederinkraftsetzung der bisherigen Tabaksteuerunterstützung sich als unmöglich erweisen, so bitten wir dringend, veranlassen zu wollen, daß allen Arbeitern und Arbeiterinnen des Tabakgewerbes, die bis zum 30. Juni d. J. ohne Prüfung der Bedürftigkeit Anspruch auf die Tabaksteuerunterstützung hatten, zunächst unter den bisherigen Voraussetzungen eine Unterstützung weilergezahlt wird in der Höhe der reichsgerichtlichen Arbeitslosenversicherung, die aus Reichsmitteln zu zahlen ist.

Wir glauben, daß unsere Bitte um so berechtigter ist, als die zweite Notverordnung die den Tabakfabrikanten zugebilligte Entschädigungspflicht unverändert weiter bestehen läßt, und geben uns daher der Hoffnung hin, daß wir nicht vergeblich für viele tausend notleidender Berufsangehöriger uns mit diesem Appell an sie wenden.

So lautet ein Schreiben, das die beiden Tabakarbeiter-Verbände unterm 25. Juni gemeinsam an den Reichskanzler gerichtet haben. Gleichlautende Eingaben sind dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichsarbeitsminister zugestellt worden. Unter diesen Umständen hätte man billigerweise erwarten dürfen, daß mindestens einer der drei Minister Zeit und Gelegenheit gefunden hätte, den beiden Tabakarbeiter-Verbänden zu antworten. Aber weit gefehlt. Bis zum 30. Juni hat noch nicht einmal einer der drei Adressaten den Eingang des Schreibens vom 25. Juni bestätigt. Ebenso wenig ist bis dahin eine Anordnung getroffen worden bzw. zu unserer Kenntnis gelangt, die der Anregung im vorletzten Absatz des Schreibens der beiden Tabakarbeiter-Verbände entsprochen hätte. Es handelt sich ja auch nur um Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie, die durch dieselbe Reichsregierung zur Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verurteilt worden sind, die es jetzt nicht einmal für erforderlich hält, den Tabakarbeiter-Verbänden auf ihre Eingabe eine Antwort zukommen zu lassen. Die Reichsregierung irrt sich jedoch, wenn sie annehmen sollte, sich so um eine klare Stellungnahme zu der Eingabe der Tabakarbeiter-Verbände herumdrücken zu können. Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband wird jedenfalls alle Hebel in Bewegung setzen um die Reichsregierung zu veranlassen, das der Tabakarbeiterschaft zugefügte Unrecht wieder rückgängig zu machen.



Tabakgewerbe



Wie steht es mit der Rahtabakherstellung?

Wir setzen unsere Veröffentlichungen über das Ergebnis der von den beiden Tabakarbeiter-Verbänden aufgenommenen Betriebsstatistik fort und lassen nunmehr einige Zusammen-

Arbeiter	Betriebe		Arbeiter(innen)	
	1929	v. J. 1930	1929	v. J. 1930
1— 4	8 = 16,0	6 = 13,3	21 = 0,8	15 = 0,6
5— 9	13 = 26,0	11 = 24,5	92 = 3,3	74 = 2,7
10— 19	10 = 20,0	9 = 20,0	132 = 4,7	113 = 4,2
20— 49	10 = 20,0	9 = 20,0	322 = 11,5	280 = 10,4
50— 99	4 = 8,0	5 = 11,1	255 = 9,2	333 = 12,3
100— 199	1 = 2,0	1 = 2,2	160 = 5,7	170 = 6,3
200— 499	2 = 4,0	2 = 4,5	568 = 20,4	499 = 18,5
500— 999	2 = 4,0	2 = 4,4	1 238 = 44,4	1 214 = 45,0
über 1000	0 = 0,0	0 = 0,0	0 = 0,0	0 = 0,0
	50 = 100,0	45 = 100,0	2 788 = 100,0	2 698 = 100,0

stellungen folgen, die über die Struktur der Rahtabakbranche Aufschluß geben. Die erste unterrichtet auf der linken Seite über die Größe der Betriebe und auf der rechten Seite über die Größe der Firmen nach der Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter(innen).

Firmen	Betriebe		Arbeiter(innen)			
	1929	v. J. 1930	1929	v. J. 1930		
7 = 16,3	6 = 15,0	7	6	18 = 0,6	15 = 0,6	
10 = 23,3	9 = 22,5	10	9	70 = 2,5	61 = 2,2	
10 = 23,2	9 = 22,5	10	9	132 = 4,7	113 = 4,2	
9 = 20,9	8 = 20,0	10	8	276 = 9,9	241 = 8,9	
3 = 7,0	4 = 10,0	3	4	200 = 7,2	263 = 9,7	
2 = 4,6	2 = 5,0	2	2	568 = 20,4	499 = 18,5	
2 = 4,7	2 = 5,0	8	7	1 524 = 54,7	1 506 = 55,6	
0 = 0,0	0 = 0,0	0	0	0 = 0,0	0 = 0,0	
	43 = 100,0	40 = 100,0	50	45	2 788 = 100,0	2 698 = 100,0

Aus der nächsten Zusammenstellung ist ersichtlich, wie sich die Betriebe und Arbeiter(innen) der Rahtabakbranche auf die

Größenverhältnisse der Orte unter Zugrundelegung der Einwohnerzahl verteilen.

Einwohner	Firmen		Betriebe		Arbeiter(innen)	
	1929	v. J. 1930	1929	v. J. 1930	1929	v. J. 1930
1 000— 2 500	3 = 8,3	3 = 9,7	3 = 6,0	3 = 6,7	60 = 2,1	56 = 2,1
2 501— 5 000	5 = 13,9	4 = 12,9	6 = 12,0	5 = 11,1	49 = 1,7	39 = 1,4
5 001— 10 000	5 = 13,9	5 = 16,1	5 = 10,0	5 = 11,1	25 = 0,9	26 = 1,0
10 001— 25 000	5 = 13,9	4 = 12,9	5 = 10,0	5 = 11,1	345 = 12,4	327 = 12,1
25 001— 50 000	4 = 11,1	3 = 9,7	16 = 32,0	14 = 31,1	2 018 = 72,4	1 951 = 72,3
50 001— 100 000	6 = 16,7	6 = 19,4	6 = 12,0	6 = 13,3	136 = 4,9	154 = 5,7
100 001— 250 000	2 = 5,5	2 = 6,4	3 = 6,0	3 = 6,7	80 = 2,9	78 = 2,9
250 001— 500 000	6 = 16,7	4 = 12,9	6 = 12,0	4 = 8,9	75 = 2,7	67 = 2,5
	36 = 100,0	31 = 100,0	50 = 100,0	45 = 100,0	2 788 = 100,0	2 698 = 100,0

Von der Berufszugehörigkeit der in der Rahtabakbranche tätigen Arbeiter(innen) gibt die nachstehende Tabelle Kenntnis.

	1929	v. J. 1930
Handspinner	572 = 20,5	559 = 20,7
Wäschenspinner	31 = 1,1	25 = 0,9
Kollenmacher	404 = 14,5	375 = 13,9
Arbeiter	38 = 1,4	39 = 1,5
Vorleger	595 = 21,3	575 = 21,3
Webmacher	343 = 12,3	343 = 12,7
Ausrigger	145 = 5,2	153 = 5,7
Packer und sonstige Arbeiter	660 = 23,7	629 = 23,3
	2 788 = 100,0	2 698 = 100,0

Zum Schluß dann noch eine Zusammenstellung, die über die Verteilung der Orte, Betriebe und Arbeiter(innen) auf die in Betracht kommenden Gaue des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes unterrichtet.

Gau	Orte		Betriebe		Arbeiter	
	1929	1930	1929	1930	1929	1930
Hamburg	16	16	17	18	217	205
Nordhausen	7	6	20	18	1 979	1 937
Frankfurt a. M.	8	4	8	4	202	190
Heidelberg	1	1	1	1	32	52
Dresden	1	1	1	1	10	10
Breslau	1	1	1	1	329	289
Berlin	2	2	2	2	19	15
	36	31	50	45	2 788	2 698
Danzig	1	1	1	1	11	12

Der Entzug der Sonderunterstützung vor den Länderparlamenten

Wag nun der Kampf um die weitere Unterstützung der Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie ausgehen wie er will, das eine steht jedenfalls fest: Von den Tabakarbeiter-Verbänden ist alles getan worden, was nach Lage der Verhältnisse möglich und erfolgversprechend war, um der Tabakarbeiter-Schaft auch über den 30. Juni hinaus die ihnen zugesprochene Sonderunterstützung zu sichern. Gleich nachdem festgestellt, daß die Reichsregierung mit einem Federstrich die Sonderunterstützung für Angestellte und Arbeiter des Tabakgewerbes aus der Welt schaffen wollte, haben sie, wie aus dem „Tabak-Arbeiter“ Nr. 24 zu ersehen ist, dem Reichskanzler, dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichsarbeitsminister durch ein Telegramm den schärfsten Protest übermittelt. An dieselben Adressen richtet sich ein Schreiben, von dessen Inhalt wir auf der ersten Seite dieses Blattes Kenntnis geben. Auch in der 12. Ausschußsitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist, wie aus dem Bericht in der Beilage dieser Nummer des „Tabak-Arbeiter“ hervorgeht, der Entzug der Sonderunterstützung für Tabakarbeiter stark kritisiert worden. Darüber hinaus haben Verbandsvorstand, Gauleiter und Zahlstellenverwaltungen alles getan, was zu tun möglich war, um die ihnen erreichbaren Personen und Stellen zu veranlassen, im Interesse der verdienstgeschädigten Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie zu wirken.

Aber auch in den Länderparlamenten ist nichts unversucht gelassen worden, um der Tabakarbeiter-Schaft in ihrem Kampf um die Wiedererlangung der Sonderunterstützung zu helfen. So am 12. Juni in der Bremischen Bürgerschaft. Dort erklärte der sozialdemokratische Redner zur Begründung eines Antrages, auf eine sozialere Gestaltung der Notverordnung hinzuwirken, u. a. folgendes:

Aus dieser Notverordnung geht weiter hervor, daß die Zusatzunterstützung für die Tabakarbeiter, welche durch den damaligen Zollabschluß

Kolleginnen und Kollegen! Werbt unermüdlich für den Verband!

die Zuficherung erhalten haben, die Zusatzunterstützung zu erhalten, be-
seitigt werden soll. Jede Unterstützung für die Tabakarbeiter wird er-
widigt sein. Das ist eine Härte für die Leidestragenden. Es muß darauf hin-
gewirkt werden, daß da eine Umstellung erfolgt.

Am 15. Juni haben mehrere Abgeordnete der sozialdemokrati-
schen Fraktion des Preussischen Landtages (Michel-Minden,
Berle-Görlitz und Christange-Eisleben) folgende Kleine Anfrage
eingebracht:

Durch die neueste Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten soll
den Tabakarbeitern, die durch das letzte Tabaksteuergesetz verdinglich-
t sind, die Sonderunterstützung mit Wirkung vom 1. Juli d. J.
entzogen werden. Die Entschädigung für jene Fabrikanten, die insolge
des Tabaksteuergesetzes vom 1. 12. 30 die Fabrikation eingestellt haben,
soll dagegen aufrechterhalten werden.

Die Aufhebung der Sonderunterstützung bedeutet eine schwere Härte
für die Tabakarbeiter, da sie nach Ablauf der Sonderunterstützung auch
nicht für die Erwerbslosenunterstützung in Frage kommen, sondern als
Arbeitsunterstützungsempfänger und Wohlfahrtserwerbslose den Gemein-
den zur Last fallen. Da nach der gleichen Notverordnung alle ledigen
Arbeiter unter 21 Jahren aus der Erwerbslosenunterstützung ausscheiden
und auch Frauen nur Arbeitslosenunterstützung bekommen können,
wenn sich ihre Bedürftigkeit ergibt, dürfte es sehr vielen Gemeinden im
östlichen Westfalen, Eichsfeld und Mitteldeutschland kaum möglich sein,
diese neue Belastung zu tragen. Die Länder Baden und Bremen, die
von dieser Bestimmung der Notverordnung ebenfalls hart betroffen
werden, sind gewillt, sich gegen diese Bestimmung zu wenden.

Wir fragen daher das Staatsministerium: Ist es bereit,

1. mit diesen Länderregierungen gemeinsam oder auch allein für die
Aufhebung dieser Bestimmung der Notverordnung einzutreten
oder sich für eine andere geeignete Unterstützung für die Tabak-
arbeiter einzusetzen;
2. wenn dieser Schritt erfolglos sein sollte, den Gemeinden, die von
dieser Bestimmung besonders betroffen werden, ausreichende
Mittel für eine angemessene Unterstützung der Tabakarbeiter zu
überweisen?

Im Rechtsausschuß des Sächsischen Landtages legten die
sozialdemokratischen Mitglieder am 25. Juni einen zusammen-
fassenden Antrag vor, worin die sächsische Regierung aufgefor-
dert wird, beim Reich u. a. dahin zu wirken, daß die Tabak-
steuer-Sonderunterstützung weiter gezahlt wird. Dieser Antrag
wurde vorsorglich auch für das Plenum aufrechterhalten, nach-
dem ein allgemein gehaltener Antrag Annahme gefunden hatte,
der u. a. die Beseitigung der unmöglichen sozialen Härten ver-
langt.

Auch in den Länderparlamenten ist demnach keine Möglich-
keit ungenutzt gelassen worden, um der schwer leidenden Tabak-
arbeiterschaft zu ihrem Recht zu verhelfen. Wir können nur der
Hoffnung Ausdruck geben, daß allen diesen Bemühungen der
gewünschte Erfolg beschieden sein möge.

Arbeiterinnenkonferenz in Lausanne

Am 7. Juni veranstaltete der Internationale Gewerkschafts-
bund (IGB.), jetzt mit dem Sitz in Berlin, in Lausanne (Schweiz)
eine offiziöse Arbeiterinnenkonferenz, zu der die weiblichen
Delegierten und technischen Beiräte der Internationalen Arbeits-
konferenz eingeladen wurden. 14 Delegierte vertraten 12 Länder,
deren Landeszentralen dem IGB. angeschlossen sind. Als Gäste
wohnten je 2 Vertreterinnen der amerikanischen Gewerkschafts-
bewegung und des Internationalen Arbeitsamtes der unter dem
Voritz des Generalsekretärs des IGB., Schevenels, abgehaltenen
Tagung bei.

Die Tagesordnung der Konferenz sah die Prüfung des
Problems der Organisation der Arbeiterinnen in den Gewerk-
schaften vor. Die Genossinnen S. Burniaux (Belgien) und J. Che-
venard (Frankreich) leiteten die Besprechung dieser Frage ein.
Die erste wies insbesondere auf die Schwierigkeiten hin, denen
die Propagandisten bei der Organisation der Frauen begegnen.
Diese Schwierigkeiten sind vor allem wirtschaftlicher Art, d. h.
sie sind darauf zurückzuführen, daß der Verdienst der Frauen
gewöhnlich als ergänzender Verdienst betrachtet wird. Auch der
Umfang der Heimarbeit und der Mangel an beruflicher Ausbil-
dung gehören zu den Schwierigkeiten, die der organisatorischen
Erfassung der Frau entgegenstehen. Genossin Burniaux streifte
bei dieser Gelegenheit auch die sozialen, physiologischen und
psychologischen Faktoren, die bei der Beurteilung der Frauen-
arbeit und damit der ganzen gewerkschaftlichen Aktion eine —
wenn auch allerdings verschieden beurteilte — Rolle spielen.
Endlich machte die Referentin auf die religiösen Faktoren auf-

merksam, die in vielen Ländern die Verbreitung des gewerk-
schaftlichen Gedankens erschweren. Zum Schluß setzte sich die
Genossin Burniaux für ein besseres Verständnis der besonderen
Mentalität der Frau ein. Die oft völlig verkehrten Rekrutie-
rungsmethoden sind zu einem großen Teil auf Mißverständnisse
auf diesem Gebiete zurückzuführen.

Genossin Chevenard berichtete über die zweckmäßigsten
Methoden zur Gewinnung des Interesses der Arbeiterinnen für
die gewerkschaftliche Aktion. Sie wies auf die zu diesem Zwecke
in Betracht kommenden Mittel hin (Flugblätter, Plakate, Ver-
sammlungen, Unterhaltungsabende, Bildungskurse usw.). Sie
unterstrich den besonderen Charakter dieser Mittel und die Not-
wendigkeit ihrer Anpassung an die verschiedenen Gelegenheiten
der verschiedenen Länder. Als besonders wichtig bezeichnete sie die
Notwendigkeit, daß die Männer die mit ihnen im Betriebe zusam-
menarbeitenden Frauen als Kameraden und Kollegen behandeln
und sie durch ihre Haltung und ihre Ratschläge der gewerkschaft-
lichen Organisation nahebringen. Besonders nachdrücklich setzte
sie die Referentin für die Ausbildung erfahrener und gewerk-
schaftlich geschulter Führerinnen ein, da weibliche Propagandisten
besser als männliche Führer den Frauen soziale und gewerkschaft-
liche Probleme begreiflich machen können. Im weiteren Verlauf
ihrer Rede hob die Referentin hervor, daß bei diesen speziellen
Bestrebungen die Einheit der gewerkschaftlichen Gesamtkaktion
nicht übersehen werden dürfe. Die Befreiung des Proletariats
könne nur auf Grund der engsten Zusammenarbeit und der voll-
ständigsten Einheit aller Arbeiter, Männer und Frauen, ver-
wirklicht werden.

Diesen beiden Berichten folgte eine eingehende Diskussion.
Insbesondere die Genossinnen Riviera (Deutschland), Loughlin
(Großbritannien) und Garcia (Spanien) machten äußerst inter-
essante Anregungen.

Einstimmig wurde der Wunsch geäußert, der IGB. möge zu
Beginn des Jahres 1932 eine offizielle internationale Arbeiterin-
nenkonferenz einberufen. Die Delegierten erklärten sich bereit,
sich bei ihren Landeszentralen dafür einzusetzen, daß zu dieser
Konferenz eine möglichst große Zahl von Delegierten abgeordnet
wird. Die Frage der Frauenlöhne soll einen der wichtigsten
Punkte der Tagesordnung darstellen.

Außerdem wurde der IGB. gebeten, möglichst eingehende
Auskünfte über die Aktions- und Propagandamethoden unter
den Frauen der verschiedenen Länder zu veröffentlichen, um auf
diese Weise zu einem Austausch von Material beizutragen, der
die Arbeit in den einzelnen Ländern fördern kann. Endlich
wurde auf die große Wichtigkeit einer methodischen und uner-
müdlichen Propagandaarbeit unter den Jugendlichen und Frauen
hingewiesen, nicht nur im Interesse der gewerkschaftlichen Or-
ganisation, sondern auch der Heranbildung von Führerinnen.

Internationaler genossenschaftlicher Fest- und Werbetag

Am ersten Sonnabend im Juli begehen die im Internatio-
nalen Genossenschaftsbund zusammengeschlossenen Verbraucher-
vereinigungen von 42 Ländern den neunten Internationalen
Genossenschaftstag; an dem wie alljährlich die Konsumgenossen-
schafter in der ganzen Welt ein einmütiges Bekenntnis zu der
fegensreichen, erdumspannenden Idee konsumgenossenschaft-
licher Gemeinnützigkeit ablegen werden. Ueberall, wo Konsum-
genossenschaften ihre Tätigkeit zum Segen der minderbemittel-
ten Verbraucher entfalten, wird am 4. Juli 1931 der Inter-
nationale Genossenschaftstag als ein Fest- und Werbetag ge-
feiert werden. Das starke Band, das ungeachtet aller nationalen
Grenzen die Verbraucher mit ihren überall gleichgerichteten In-
teressen und Wünschen zusammenhält, wird an diesem Tage
aller Welt sichtbar. Es wird davon zeugen, daß es fern von den
politischen Tageskämpfen zwischen den Nationen Kräfte gibt,
die in stiller Arbeit Ketten internationaler Brüderlichkeit und
Zusammengehörigkeit schmieden in der Hoffnung, mit ihnen
allen Stürmen zu trotzen, welche das so geschaffene Gebäude
internationaler Verständigung, Hilfsbereitschaft und Liebe zer-
stören wollen. Der Genossenschaftsgedanke ist so weit und um-
fassend wie die Welt; er entspricht der Lebensauffassung aller
Völker und Nationen und schafft so eine kraftvolle Einheit
menschlichen Wollens und Strebens.

Unser deutsches Volk leidet heute unter einer schweren Not,
die niemand verschont; aber diese Not ist nicht allein unsere Not,
sie ist die Not der ganzen Welt. Die Erkenntnis, daß die Mensch-
heit nur durch internationale Verständigung ihre Lage bessern
kann, die heute überall zu dämmern beginnt, ist schon seit lan-

gem Allgemeingut der im Internationalen Genossenschaftsbund zusammengeschlossenen Verbraucher. Diese haben erkannt, daß nur ein verständnisvolles Zusammenwirken der Genossenschaftler in der ganzen Welt eine dauernde und bessere Wirtschaftsordnung aufzubauen vermag, daß nur die internationale Zusammenarbeit die Ueberwindung des Kapitalismus und seiner Schwächen und Nöte ermöglichen wird. In diesem Sinne tauschen die Genossenschaftler aller Länder am 4. Juli brüderliche Wünsche und Grüße aus.

Wenn die Verwaltungen der Konsumvereine ihre Mitglieder und Freunde demnächst auffordern, den neunten Internationalen Genossenschaftstag festlich zu begehen, dann werden alle diejenigen an den Versammlungen, Ausstellungen und Umzügen teilnehmen, die auf dem Wege internationaler Freundschaftsarbeit zu dem Bau einer besseren und gerechteren Wirtschaftsordnung beitragen wollen. Der Konsumgenossenschaftsbewegung aber, die diesem hohen Ideal in zäher Arbeit und einer dornenvollen Aufwärtsentwicklung dient, werden an diesem Tage neue Bekenner zugeführt werden.

Das Anwachsen der tödlichen Unfälle

Seit Jahren ist ein Anwachsen der tödlichen Unglücksfälle zu verzeichnen. Im Jahre 1929 kamen in Deutschland insgesamt 27 679 Personen durch Verunglückung ums Leben, davon waren 21 285 männlichen und 6394 weiblichen Geschlechts. Die tödlichen Unglücksfälle in den letzten Jahren bewegten sich folgendermaßen: 1925: 23 601, 1926: 23 475, 1927: 24 943, 1928: 26 403 und 1929: 27 679. Auf 100 000 Einwohner gerechnet stieg die Verhältniszahl von 37,2 im Jahre 1926 auf 43,3 im Jahre 1929. Die starke Zunahme der tödlichen Verunglückungen ist zum weitaus größten Teil durch die rasche Ausdehnung des Kraftverkehrs verursacht. Im Jahre 1929 fielen dem Verkehr mit Kraftfahrzeugen in Deutschland 5867 Personen zum Opfer, das sind 904 Personen mehr als im Vorjahr.

Gau- und Zahlstellenberichte

Baden-Baden. Am 12. Juni hielt unsere Zahlstelle im „Anker“ eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Der Referent, Gauleiter Kollege K l e i n schilderte ausführlich die durch die Notverordnung geschaffene Lage in der Zigarettenindustrie. Mit großer Entrüstung nahmen die Anwesenden Kenntnis von der Verschlechterung für die arbeitslosen Kollegen und von der Aufhebung der Sonderunterstützung für Tabakarbeiter, während die Entschädigung für die Unternehmer bestehen bleiben soll. Das Elend der arbeitslosen Tabakarbeiter ist ohnehin schon groß und würde durch den Entzug der Sonderunterstützung unerträglich. Gegen diese Maßnahme wurde in einer der Landesregierung übermittelten Entschliebung entschieden Protest erhoben. Kollege W a g n e r gab bekannt, daß die bisherigen Verhandlungen mit dem Hauptzollamt bis jetzt ergebnislos verlaufen sind. Auch die Vorstellung beim Landesfinanzamt führte zu keinem Ziel. Es wurde sogar einigen Kolleginnen und Kollegen, die vorher im Genuß der Sonderunterstützung waren und nun für kurze Zeit Aushilfsarbeit leisteten, der weitere Bezug der Sonderunterstützung versagt. Für die jetzt uns aufgezwungene Kurzarbeit besteht auch noch keine Aussicht auf Entschädigung, was wiederum eine schwere finanzielle Schädigung der Tabakarbeiter, sowie der Geschäftsleute von Baden-Baden bedeutet. Die Versammlung beauftragte die Organisationsleitung, alles zu unternehmen, um die vorhandenen Mißstände zu beseitigen und den Tabakarbeitern zu ihrer geleglich zugehenden Unterstützung zu verhelfen. Nachdem die Wahl der Delegierten zum Internationalen Tabakarbeiter-Kongreß und zum Gewerkschaftskongreß beendet war, schloß Kollege S c h n e i d e r die mit großem Interesse verfolgte Versammlung.

Bekanntmachungen

Am 4. Juli ist der 27. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 16. Juni. Vorsch 150.—
 - 18. Heilbronn 150.—
 - 19. Wlotoho 300.—
 - 20. Leipzig 500.—, Jastrow 300.—, Eschwege 500.—, Neufalz 150.—, Hannover 1000.—
 - 22. Kaiserslautern 300.—, Löhne 140.—, Calw 200.—, Offenburg 100.—
 - 23. Destrungen 100.—, Würzburg 300.—, Dresden 4000.—, München 1000.—, Weiskerwitz 60.—
 - 24. Gießen 400.—, Frankenheim 10.—, Geesthacht 60.—, Heidenheim 200.—
 - 25. Torgau 54.10, Neubamm 75.—
 - 26. Berlin 800.—
 - 27. Brotterode 4000.—, Dresden 600.—
 - 28. Wandersheim 137.70, Wintertsdorf 400.—
- Bremen, 30. Juni 1931, J. Krohn.

Adressenänderungen

Vom 1. Juli an gelten folgende Adressenänderungen:

Gau 2: Albert Koch, Nordhausen, Gartenbergstraße 81, Fernsprecher 1583.

Zahlstelle Buchal: Georg Gärtthöfner, Orbinstr. 18.

Zahlstelle Herford: Richard Raase, Eilshausen 59, Fernsprecher Bünde 873.

Zahlstelle Steinbach-Hallenberg: Friedrich Reck, Henneberger Straße 3. Fernsprecher 239.

Gestorben sind:

- Am 12. Mai die Tabakfortiererin Martha Pittig, 51 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
- Am 8. Juni der Zigarrenarbeiter Eduard Schmitz, 59 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).
- Am 8. Juni der Zigarrenarbeiter Georg Kroschke, 68 Jahre alt (Zahlstelle Magdeburg).
- Am 11. Juni der Zigarrenfortierer Alfred Teichmann, 40 Jahre alt (Zahlstelle Altenburg).
- Am 14. Juni der Zigarrenarbeiter Peter Meßler (Altona), 63 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 15. Juni der Zigarrenarbeiter Max Heuschkel, 47 Jahre alt (Zahlstelle Freiberg).
- Am 15. Juni der Zigarrenfortierer Louis Lund, 56 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 17. Juni der Zigarrenfortierer Franz Fuchs, 47 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 18. Juni der Kollege Ludwig Zachenbacher, 41 Jahre alt (Zahlstelle München).
- Am 18. Juni der Zigarrenfortierer Max Soltwedel, 45 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 19. Juni der Zigarrenarbeiter Ernst Mohr, 48 Jahre alt (Zahlstelle Tannenberg).
- Am 21. Juni der Zigarrenarbeiter Julius Siedentopf, 77 Jahre alt (Zahlstelle Braunschweig).
- Am 24. Juni die Tabakfortiererin Margarete Staude, 67 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
- Am 25. Juni der Zigarrenarbeiter Max Wunderlich, 38 Jahre alt (Zahlstelle Schöneck).

Ehre ihrem Andenken!

Großer Preisabbau!
Billige böhmische Bettfedern



1 Pfd. graue, gute, geschlossene Bettfedern 70 x, best. Quat. 90 & halbweiße, flaumige 1.20 M., weiße, flaumige geschliff. 1.50 M., 1.90 M., 2.50 M., feinste geschliff. Halbflaum-Herzschaffts-Federn 3., 4., 5., Kupffedern ungeschliffen, mit Flaum gemengt, halbweiß 1.85 M., weiß 2.25 M., allerfeinst Flaumruff 3.25 M., 4.25 M. Mütter und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an franko. Nichtpassendes wird umgetauscht oder Geld zurück.

→ Genisch in Prag XII
Amerika ulice Nr. 902. Böhmen

Unserer lieben Kollegin
Pauline Huck
und ihrem Manne zu ihrer am 3. Juli stattfindenden silbernen Hochzeit die besten Glückwünsche.
Die Kolleginnen der Zahlstelle Karlsruhe

Sumatra-Decker
Ein Ausnahme-Angebot!
Deli Ba My / Pad Brahrang
Nr. 635. 1. Länge Vollblatt per 1/2 kg verzollt **R.M. 2.95**
Schöne, helle bis mittlere Farben!
Sehr feine Qualität!
Ganz enorm deckfähig!
Schneeweißer Brand!

Ein Versuch überzeugt bestimmt
Eine mehr als 30jährige Praxis verbürgt einwandfreie Bedienung. Versand unter Nachnahme gegen Berechnung des Portos. Ab 50 Pfund franko Lieferung nach jeder Bahnstation unter Nachnahme. Nur an angemeldete Verarbeiter, Betriebsnummer aufgeben.

Knoll & Co Bremen
Postscheck Hannover 49 543

Gummiwaren Hygien. Artikel. Preisl. T 2 gratis. „Medicus“
Berlin SW 68, Alle Jacobstraße 8

Zahlstelle Dresden

Für die ausgeschriebene Stelle eines Kassiereramtes in Zahlstelle Dresden ist der Kollege **Oswin Steglich, Dresden**, gewählt worden. — Allen Bewerbern, die sich um das Amt bemüht haben, sagen wir hiermit für ihre Bemühungen unseren besten Dank.

Für die Ortsverwaltung
i. A.: Josef Domeyer

Anläßlich unseres am 4. und 5. Juli stattfindenden 25 jährigen Verbandsjubiläums begehen gleichzeitig folgende Jubilare ihre 25 jährige Zugehörigkeit zum Verband:

Fritz Prager, Lina Prager, Franz Bauer, Albin Hellingner u. Georg Suhrwein.

Diesen Jubilaren die herzlichste Gratulation.

Die Zahlstelle Hockenheim

Die Ferien des Arbeiters

In diesem Jahre hat sich der Winter länger hingezogen. Aber schließlich ist der Frühling mit Macht durchgebrochen und hat die europäischen Lande in ein Zaubermeer verwandelt. Wenn die Gäfte steigen, dann belebt sich auch die menschliche Natur. Man trifft mehr als sonst fröhliche Gesichter, und wenn die Wirtschaftslage des einzelnen nicht gar so traurig ist, eine allgemein freundlichere, freiere und zufriedenerere Menschheit. Die Einwirkung der Natur auf die Menschen ist kolossal. Kein Wunder, daß sich ein jeder aus seiner engen Behausung heraussehnt. Und wenn allgemein das Reisetieber ausbricht, wenn der Mensch den Steinwüsten der Großstadt zu entfliehen trachtet, dann erwacht auch in der Brust der Arbeiterin und des Arbeiters eine ungeheure Sehnsucht nach Natur, Freude und Erholung. Durch die Gebirge streifen, unbeschwert und unbekümmert, am Strande liegen und sich bräunen lassen, fremde Gegenden zu durchstreifen und fühlen, daß man nicht nur Arbeitstier, sondern auch Mensch ist, der lacht und sich freuen kann, — das ist das Verlangen vieler Millionen.

Leider bleibt dies nur Sehnsucht und frommer Wunsch, weil den Allermeisten die Zeit und vor allem die Mittel zu derartigen Reisen fehlen. So sehr auch die Ferienzüge überfüllt sind und wie viele die Großstadt verlassen — diese Glücklichen bilden doch nur einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung. Von der Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen sind es jedenfalls nur wenige, die sich eine Ferienreise erlauben können. Und wenn sie es können, dann ist das ganze Jahr auf diese Reise gesparrt worden. Man hat Monate durch auf manches verzichtet, vieles ist ungekauft geblieben, weil man eben das Verlangen hat, wenigstens einmal im Jahr richtig ausspannen zu können. In diesem Jahr wird die Zahl der Ferienreisenden allgemein geringer sein. Wesentlich geringer ist der Bombardementzug von Reisenden aus der Schicht der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die große Masse der Erwerbslosen scheidet schon von selbst aus. Der Verdienst der übrigen ist so gering, daß es zu einer Ferienreise nicht lang. Von Existenzsicherheit kann der Arbeiter und die Arbeiterin heute nicht mehr reden. Schon morgen oder in der nächsten Woche kann auch derjenige, der sich noch in Stellung befindet, ohne Beschäftigung sein. In der „Brücke“ Nr. 13, einer Beilage des „B. T.“, macht eine Leserin folgende Bemerkungen über die Möglichkeiten der Urlaubsausnutzung der Arbeiter und Angestellten:

Nach der bekannten offiziellen Enquete, die das Statistische Reichsamt über die Zusammenlegung des Budgets von 900 Arbeiterhaus-

haltungen angestellt hat, gibt ein Arbeiterhaushalt im Jahre für Erholung aus:

Bei einem Einkommen von	Kopffahl	Ausgaben für Erholung insgesamt für 1 Person	
		M	M
2500 M	3,6	14,32	3,98
2500—3000 M	3,9	26,01	6,67
3000—3600 M	4,2	34,28	8,16
3600—4300 M	4,4	50,17	12,15
4300 M und mehr	4,9	73,86	15,07
Gesamtdurchschnitt	4,2	36,88	8,78

Anmerkung des Statistischen Reichsamts: In der Gruppe „Erholung“ sind die Ausgaben für Ferienreise, Ausflüge und Sport zusammengefaßt. Die Verpflegungsausgaben während der Ferienreise usw. sind nur insoweit einbezogen, als sie die in der Haushaltung sonst üblichen Ernährungsausgaben überschreiten. Man lese die Zahlen nicht unter viermal und lasse sie auf sich wirken. Wie weit kann ein Mensch mit einem jährlichen Erholungsgeld von 3,98 M oder mehr, nehmen wir schon das höchste, mit 15,07 M kommen? Die Frage, wie nötig gerade der Arbeiter, die Arbeiterfrau und die Arbeiterkinder eine Erholungszeit brauchen, ist hier wohl nicht zu diskutieren. Was machen nun die Arbeiter mit ihrem Urlaub? Zu einem großen Teil verkaufen sie ihn an den Unternehmer. Sie bekommen für ihre Urlaubszeit doppelten Lohn und ermöglichen es dadurch vielleicht einem andern Familienmitglied, seine Urlaubszeit wirklich zu einer Erholungszeit zu machen. Die älteren Kinder machen Botengänge in den großen Ferien, die jüngeren sitzen den ganzen Tag im Kinnstein oder auf den Müllkästen im Hofe; die Arbeiterfrau arbeitet Sommer wie Winter, kocht, wäscht, flickt, stopft, sie kennt keine Ferien, für sie gibt es nie Urlaub.

Dem ist eigentlich wenig hinzuzufügen. Am allerdringendsten brauchte die Arbeiterfrau einmal im Jahre eine Erholung. Gerade sie, die nichts weiter kennt als ihre Wohnung, in derselben festgehalten wird und deren Enge sich drückend auf ihr Gemüt legt, müßte einmal hinaus in die freie Natur. Losgelöst von den Sorgen um den Kopfstopf und den vielen kleinen Schmerzen, die täglich auf die Nerven einer Frau einströmen. Doch bei diesen Zeiten wird die Arbeiterfrau noch weniger als sonst an eine Erholung in freier Natur denken können. Es bleiben nur die kleinen Spaziergänge oder Tagesausflüge, die als eine Ausspannung kaum zu bezeichnen sind.

Leider sind die Aussichten trübe, daß es bald einmal anders und besser wird. Die gegenwärtige Generation ist dazu ver-

Splitter und Balken

Roman von Hedda Wagner (Nachdruck verboten.)

IV.

„Ich will Sie nicht verstehen, Herr Generaldirektor“, sagte Hertha, indem sie sich abmühte, ihrer Stimme Festigkeit zu geben. „Auch Sie treiben unpassende Scherze . . . Sie werden ja schließlich doch, als Ehrenmann —“ hier glitt ein ironisches Lächeln über seine Züge, das sie im tiefsten Innern erbeben ließ, aber sie raffte sich zusammen, und beendete: „Schließlich doch die Wahrheit sagen müssen!“

„Müssen?!“ — sagte van Timmen sehr langsam, und maß sie mit zur Seite gelegtem Blicke von oben bis unten, wie ein Käufer die Ware. „Müssen?! — Teuerste Hertha — das Leben ist nicht so einfach, wie Sie es sich in Ihrem ziemlich idealistischen Gemüte vorstellen. Ich habe nie etwas anderes müssen, als was ich gewollt habe — und gewollt habe ich stets nur das, was mir Vorteil und Genuß gebracht hat . . . Und ich sehe nicht ein, wozu ich den Trumpf aus der Hand geben soll, wenn ihn mir nun schon einmal der Zufall zugespielt hat . . . Ich werde also gar nichts müssen, sondern als freier Herr meines Willens mit Ihnen einen Vertrag abschließen. Gehen Sie auf meine Wünsche ein — heute — jetzt — —“ und ein so gieriges Aufklackern seines Blickes traf sie, daß sie wie vor einer Stichflamme zurückbebt, „nun, dann werde ich so tun, wie ich Ihnen bereits gesagt habe:

und Ihr Mann wird glänzend rehabilitiert sein. Verlassen Sie aber diesen Raum, ohne die Meine geworden zu sein —, dann“ — und seine Stimme hob sich zu drohender Eindringlichkeit, „dann werde ich eben von meinen Beweismitteln keinen Gebrauch machen — — und Sie haben sich alle weiteren Folgen selbst zuzuschreiben . . .“

Herthas Blick irrte hilflos umher. Dort auf dem Schreibtisch — das graue Papier — wenn sie es an sich reißen könnte —. Aber bei der ersten raschen Bewegung, die sie machte, erriet er ihren Gedankengang. Mit einem großen Schritt war er beim Tisch, nahm das Blatt an sich und barg es in einem Seitensack. Sie stand wie vernichtet, mit schlaff herabhängenden Armen. Es war alles so jäh über sie gekommen — sie konnte sich nicht fassen, nicht sammeln. Etwas mußte geschehen: ein ungeheurer Entschluß mußte kommen — so oder so . . .

Eine Uhr schlug dumpf und leise. Die Sekunden tropften wie glühendes Erz auf Herthas gemarterte Seele. Sie begriff auf einmal genau, was von ihrem Entschlusse abhing — und daß sie von diesem Manne, der kalt und böse lächelnd ihr gegenüber am Bibliotheksschrank lehnte, kein Erbarmen zu erwarten hatte.

„Sie sind ein schlechter Mensch —“ sagte sie auf einmal ganz laut, und erschrak selber vor dem heiseren Klang ihrer Stimme.

„Möglich —“ sagte van Timmen, und zuckte mit den Achseln. „Aber was tut das? Gut oder böse —, diese Begriffe, mit denen ihr Armseligen euch herumalgt, bis das Leben darüber grau und fad wird: mich haben sie nie gehemmt. Es gibt nur eine

urteilt, das Bleigewicht furchtbarer Krisen mit sich herumschleppen zu müssen. Es bleibt nur die eine Hoffnung, daß es unseren Kindern einmal besser gehen möge. Denn wenn sich eine solche Zeitperiode lange durchschleppen sollte, dann wäre das Leben wirklich nicht lebenswert. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben und nicht daran zweifeln, daß die Menschheit den Ueberfluß an Lebens- und Erholungsmöglichkeiten nicht immer unausgenutzt läßt. Sobald einmal die Weltwirtschaftskrise nachläßt, muß die Arbeiterbewegung mit ungestümem Drang einen Vorstoß unternehmen, damit das Unrecht auf ein sorgenfreies Leben und auf Erholung zur Geltung kommt. Wir alle wollen geloben, daran mitzuarbeiten und schon jetzt die Reihen unseres Verbandes aufzufüllen.

12. Ausschuffigung des AOB.

Der Ausschuff des AOB. trat am 20. Juni im Reichswirtschaftsrat zu seiner 12. Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Leipart in ehrenden Worten des Kollegen Heinke, des unermüdbaren Vorkämpfers des Bauarbeiterschutzes, der vor einigen Wochen im Alter von über 80 Jahren aus seinem an erfolgreicher Tätigkeit im Interesse der Arbeiterschaft reichen Leben geschieden ist. In seinem

Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes

wies Leipart unter anderem darauf hin, daß der Bundesvorstand zu der Frage des neunten Schuljahres Stellung genommen und eine Eingabe zu der Sanierung der Invalidenversicherung an die Reichsregierung gerichtet habe. Sowohl die Richtlinien zum neunten Schuljahr, wie die Eingabe zur Invalidenversicherung sind aus der Presse bekannt. Leipart streifte kurz die Ausschuffigung des AOB. in Madrid und die bisherigen Vorschläge der vom AOB. und der SAJ. eingesezten Abstützungskommission. Von seiten eines englischen Komitees, in dem Lord Robert Cecil eine führende Rolle spielt, wird die Einberufung einer großen Friedenskonferenz angeregt, die in Paris stattfinden soll. Diese Konferenz soll sich an die weitesten Kreise richten. Der AOB. und die SAJ. haben ihrerseits schon früher davon abgesehen, eine solche allgemeine Konferenz in Vorschlag zu bringen.

Leipart ging dann auf diejenigen Bestimmungen der Notverordnung ein, die auf die Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit in bestimmten Industrien abzielen. Die vorgesehenen Maßnahmen entsprechen in keiner Weise der Forderung der Gewerkschaften nach allgemeiner gesetzlicher Verkürzung der Arbeitszeit. Eine Reihe von Verbänden sind vom Reichsarbeitsministerium zu Besprechungen in der nächsten Woche geladen worden. Leipart erörterte kurz die dadurch geschaffene Sachlage.

Der Bundesausschuff wird sich auch mit der Frage der Lehrplangordnung beschäftigen müssen. Der Standpunkt der Gewerkschaften war stets, daß die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge im Tarifvertrag geregelt werden sollen. Nun sind eine

Reihe von Verbänden dazu übergegangen, nicht nur die Lehrverhältnisse, sondern auch die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge in der Lehrlingsordnung zu regeln. Zur weiteren Klärung der aufgeworfenen Streit- und Zweifelsfragen wurde vom Bundesausschuff beschlossen, den Bundesvorstand zu beauftragen, mit den interessierten Gewerkschaften weiterzuverhandeln und über das Ergebnis der Beratungen in der kommenden Bundesausschuffigung Bericht zu erstatten.

In der Aussprache trat Thiemig dafür ein, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in der in der Notverordnung geplanten Art nur dann durchgeführt werden dürfe, wenn sie mit einem Einstellungszwang verbunden sei. Ebenso muß ein Lohnausgleich gefordert werden. Krauß hielt es für notwendig, daß die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister in einheitlichem Sinne geführt werden. Der Einstellungszwang muß, wenn die Arbeitszeit durch Verordnungen geregelt werden soll, durch die gleichen Verordnungen ebenfalls eingeführt werden. Leipart erklärte, daß die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit überall gegeben sind. Aber ihre praktische Durchführung nur in einzelnen Gewerbezweigen widerspricht einmal der grundsätzlichen Auffassung der Gewerkschaften und schafft außerdem weitgehende, für die Tätigkeit der Gewerkschaften, wie auch für die Wirtschaft selbst unerträgliche Verschiedenheiten in den Arbeitsbedingungen der einzelnen Gewerbe.

Bernhard betonte: Die Verkürzung der Arbeitszeit bleibt die Forderung der Gewerkschaften. Sie ist eine arbeitsmarktpolitische Forderung. Wir wollen arbeitslose Kollegen in die Betriebe bringen. Auch Brandes erklärte es für selbstverständlich, daß die Gewerkschaften an der 40-Stunden-Woche nach wie vor festhalten müssen. Eggert bemerkte, daß in den Jahren 1924 bis 1929 eine Steigerung der Produktion um 50 v. H. eingetreten sei. Angesichts dieser Produktionssteigerung, die ein nur zu 80. v. H. ausgenutzter Produktionsapparat ermöglicht hat, muß der Bund die Arbeitszeitfrage unter großen, mit langen Zeiträumen rechnenden Gesichtspunkten betrachten. Die Arbeitszeitverkürzung liegt im großen Zug der Entwicklung. Sie darf nicht nur unter dem Eindruck der gegenwärtigen Krise beurteilt werden. Krauß unterstrich noch einmal nachdrücklich, daß der Einstellungszwang gefordert werden müsse.

Leipart stellte in seinem Schlußwort als die einmütige Auffassung des Bundesvorstandes fest, daß der Einstellungszwang auch in den Durchführungsbestimmungen festgelegt werden müsse. Bei dem Kampf um die 40-Stunden-Woche ist zu beachten, daß ihre Durchführung erst dann den Forderungen der Gewerkschaften entsprechen wird, wenn sie verbunden ist mit einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.

Die Verhandlungen über den zweiten Punkt der Tagesordnung:

„Stellungnahme zur allgemeinen Lage“

leitete Leipart mit einem kurzen Bericht über die Schritte ein, die der Bundesvorstand bei der Reichsregierung und dem Reichsarbeitsministerium unternommen habe, um vor der Veröffent-

Richtschnur: erobern und genießen! Alles andere ist blasser, kranker Unsinn! Entfagen? — Warum sollte ich einer Lust entfagen, die mich lange schon lockt — nun sie sich mir endlich darbietet? Ich weiß es nicht einmal, ob ich fähig wäre, ebenso zu genießen, wäre ich ein schmachtender Liebhaber, der nach allerlei Geplänkel des Salonsflirts, endlich erhört, über Ihre Sprödigkeit siegen darf. . . . Mir liegt jedenfalls die Herrenrolle besser. Glauben Sie, ich habe bei Frauen stets lange gebeten und gefragt? Man nimmt sich eben, was man haben will: wenn man kann! Auf das Können kommt es an — das Können oder Nichtkönnen: das ist die einzige Schranke, die mein Wille anerkennt.

Weil ich stark genug bin, drum darf ich nehmen, wonach mich gelüftet. . . . Und mich gelüftet nach Ihnen, Hertha — nach Ihrer Blondheit, Ihrer stillen Schönheit, nach Ihren weißen Armen, Ihrem goldigen Nackenflaum —. Ich will es kosten, welche Süßigkeit es bringt, wenn man Sie umarmt — und Ihr Mund soll einer der Freudenbecher meines Daseins sein.“

Und schon war er neben ihr, und wollte sie an sich ziehen. Aber sie entzog sich ihm gewandt — floh an die gegenüberliegende Wand, an der ein breites Ruhebett stand, und preßte sich bebend am ganzen Leib in den Winkel daneben. Er folgte ihr, wie ein Knabe einem müdegehetzten Vogel folgt, in aller Sicherheit, ihn schließlich doch zu ergreifen.

„Es ist eigentlich beleidigend, wie Sie sich gegen eine Liebesstunde mit mir sträuben, Hertha —“, sagte van Limmen mit einem faunischen Lachen. „Andere waren nicht so spröde. . . . Ah — — wenn Sie wüßten, wie rasend ich nach Ihnen ver-

lange — —“ Und er stand wieder knapp vor ihr und ergriff ihre Handgelenke.

„Lassen Sie mich los — —“ keuchte sie. „Sie haben kein Recht, mich zu halten!“

„Nein — kein Recht: aber die Macht: und das ist mehr wert!“ — sagte er und die unerschütterliche Ruhe in seiner noch eben leidenschaftlich erregten Stimme sagte ihr, daß es dem Willen dieses Mannes gegenüber nur Biegen oder Brechen gab.

Und auch Hertha wurde auf einmal ganz kalt und klar. Sie wußte: bei diesem Menschen gab es kein Erbarmen. Mitleidlos würde er ihren Mann gesellschaftlich und beruflich unmöglich machen. Es ging um Ehre und Existenz; er hatte es ja klar genug gesagt! Und sie — — was war nun ihre Pflicht? — Ein Opfer wurde von ihr verlangt; es gab kein Entrinnen. Und plötzlich fühlte sie sich stark, es zu bringen. Aus Liebe. . . . Nie zuvor hatte sie mit solch heißer Liebe an Ernst gedacht, als in diesem fürchterlichen Augenblick. Aber das Opfer durfte nicht umsonst gebracht werden!

Er hatte sie losgelassen, und war, ihren Seelenkampf beobachtend, lauernd zur Seite getreten. Jetzt hörte er ihre arme, kleine Stimme, kaum vernehmbar schlügen ihre Worte an sein Ohr:

„Und wenn ich — — wenn ich — —“, sie fand keine Worte für den Abscheu, der in ihr hochstieg, aber heroisch bezwang sie sich: „Wer bürgt mir dafür, daß Sie dann wirklich tun, was — Ihre Verpflichtung ist für den Preis, den Sie fordern?“

lichung der Notverordnung die Auffassung der Gewerkschaften zur Geltung zu bringen. Er erwähnte insbesondere den Brief, den er einige Tage vor der endgültigen Formulierung der Notverordnung an den Reichskanzler gerichtet habe. Als die Notverordnung erschienen war, hat der Bundesvorstand gemeinsam mit dem AfA-Bund Stellung genommen und seine Meinung in Erklärungen dargelegt, die gleichfalls in der Presse erschienen sind. Er hat seine ablehnende Haltung auch in einer Unterredung begründet, die Vertreter aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit dem Reichskanzler, dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister am 15. Juni gehabt haben.

Leipart wies in dieser Unterredung insbesondere darauf hin, daß der Lohnabbau mit Hilfe der Schlichtungsorgane ununterbrochen fortgesetzt werde und daß trotzdem neue schwere Belastungen in der Notverordnung den Arbeitnehmern zugemutet würden. Es war bezeichnend, daß die Vertreter aller Gewerkschaften in ihrer absoluten Ablehnung der sozialen Ungerechtigkeiten der Notverordnung einig waren. Von der Einberufung des Reichstages war in der ganzen Unterredung mit keinem Wort die Rede. Die christlichen Gewerkschaften hatten daher weder Anlaß noch Gelegenheit, sich in dieser Hinsicht von den freien Gewerkschaften zu distanzieren, wie in einer Korrespondenz behauptet wurde. Die Vertreter der Gewerkschaften unterließen auch nicht auf die Dinge hinzuweisen, die in der Notverordnung befremdlicher Weise überhaupt nicht berührt worden seien. Nichts stehe z. B. darin über die Kontrolle der Kartelle. Die Vertreter der Reichsregierung verteidigten die Unabänderlichkeit der Notverordnung im gegenwärtigen Augenblick mit dem Hinweis auf die Argumente, die ihnen bei den eingeleiteten Verhandlungen über die Revision der Reparationsregelung entgegengehalten worden seien. Wenn diese Notverordnung jetzt nicht durchgeführt werde und die Regierung zurücktrete, so werde jede kommende Regierung zu noch viel schärferen Maßnahmen gezwungen sein. Die Gefahr eines Zusammenbruchs der Wirtschaft und weit größerer sozialer Not könne nur gebannt werden, wenn die Finanzen des Reichs geordnet würden. Dazu sei auch erforderlich, daß im Ausland der Eindruck vermieden werde, der Regierung sei es mit ihren Sparmaßnahmen nicht ernst. Der Reichskanzler wie die beiden anderen Minister gaben die Brutalität der Bestimmungen der Notverordnung zu, sie sei aber nicht zu vermeiden gewesen und sie könnten sich jetzt nicht auf überhaufelte Änderungen einlassen, die ja nicht nur von Seiten der Gewerkschaften und den ihnen nahestehenden Parteien gefordert würden, sondern auch von ihren Gegnern.

Die Notverordnung ist in Kraft getreten. Was ist nun weiter zu tun? Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird gewiß keine Zeit verstreichen lassen, entsprechend der in letzter Stunde vom Reichskanzler gegebenen Zusicherung, in eine Beratung über Änderung von Einzelheiten einzutreten, diese Verhandlungen möglichst bald aufzunehmen. Die Frage ist, in welcher Form die Gewerkschaften ihre Forderungen auf Abänderung der Notverordnung am wirksamsten vertreten und am schnellsten durchsetzen können.

Van Dimmen sah sie mit überlegenem Siegerlächeln an. Er ging zum Schreibtisch, zog den Brief aus dem Kuvert und bot ihn ihr hin.

„Lesen Sie!“

Hertha entfaltete das Blatt. Die Buchstaben tanzten vor ihren Augen. Dann entzifferte sie . . . Es war die Aufforderung an Doktor Belletti, einen der bekanntesten Advokaten der Stadt und Spezialist in Ehescheidungsangelegenheiten, sich bei van Dimmen in den nächsten Tagen zwecks einer wichtigen Angelegenheit einzufinden.

Er nahm ihr den Brief ab, verschloß ihn vor ihren Augen. Und dann —

„Sagen Sie ja — und dieser Brief wird sofort zur Post gegeben . . .“

Indes ihr innerer Blick die gramverzerrten Züge ihres Mannes vor sich sah, nickte sie mit dem Aufgebot ihrer letzten Kraft ein Ja . . .

Van Dimmen drückte einen Taster. Instinktiv zog sich Hertha in den Hintergrund zurück, wo eine dunkle Portiere vor dem Eingang zum Nebenzimmer hing. Wie in einem bösen Alptraum hörte sie einen Boy eintreten, hörte, wie van Dimmen ihm den Brief zur sofortigen Beförderung einhändigte.

Dann kam er auf sie zu . . .

Und während er sie zu sich heranzog, seine Arme um sie schlang, während sie in qualvoller Angst den Kopf zurückbog, um

Leipart schloß seine Ausführungen ab mit einer eingehenden Begründung der Entschliebung, die der Bundesvorstand vorlegt. In der Debatte kam in den Reden der Verbandsvertreter die einmütige, schärfste Ablehnung der Notverordnung zum eindeutigen Ausdruck. Nachdrücklich wurden von allen Rednern die geradezu unerträglichen Eingriffe in das Tarifrecht hervorgehoben, die insbesondere die Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter treffen. Erst sollen die Löhne gesenkt werden, um dann bei der Arbeitszeitverkürzung diese niedrige Lohnbasis festhalten zu können. Für die Bauarbeiter schafft die neue Notverordnung ein neues Ausnahmerecht, das alle bisherigen Maßnahmen, die in den letzten Jahren in gleicher Richtung gingen, noch überbietet.

Als eine besondere Ungerechtigkeit wurde festgestellt, daß das Reich den Tabakarbeitern, die infolge der Reichssteuergesetzgebung arbeitslos geworden sind, die Sonderunterstützung ohne weiteres entziehe. Wenn das Reich Arbeiter einer so langen Arbeitslosigkeit überantwortet, so muß es auch dafür sorgen, daß sie ihr Leben fristen können. Auch die Bestimmungen der Notverordnung über jugendliche Arbeiter treffe die Tabakarbeiterschaft besonders schwer, da zu ihr eine sehr große Zahl jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen gehören.

Von allen Seiten wurde mit größter Entschiedenheit die Forderung erhoben, die hohen Pensionen zu kürzen. Die Art, in der die kleinen Einkommen besteuert werden, widerspricht dem Geist der Verfassung mindestens so schroff wie die Kürzung der hohen Pensionen ihrem Buchstaben.

Die finanzielle Notlage, die noch nicht überwunden ist, und verschärft wurde durch die politische Krise, wäre durch den Sturz der Regierung sicher überaus schwierig geworden. Diese Situation muß in Erwägung gezogen werden, wenn man die politischen Entscheidungen der letzten Wochen verstehen will. Ihr Sinn war, eine weitere Erschütterung des deutschen Kreditystems zu vermeiden, eine Gefährdung der Währung zu verhindern. Es galt eine schlimmere Situation zu verhüten. Greifbare Kredite für das Kapital bedeuten in der heutigen Situation Arbeit für die Arbeiter. Das müssen auch die Arbeiter auf die Dauer einsehen. Ebenso wie sie einsehen müssen, daß bei 5 Millionen Arbeitslosen die Abwehrmittel der Arbeiterorganisationen begrenzt sind. Die sozialpolitischen und lohnpolitischen Gefahren, die eine durch die Ablehnung der Notverordnung hervorgerufene politische Krise heraufbeschworen hätte, wären unvergleichlich schlimmer. Niemand kann das bestreiten. Die Gewerkschaften haben beim Lohnabbau wie durch ihre Entscheidung in der letzten Woche Schlimmeres verhütet. Denn manche Länder und noch viel mehr Gemeinden standen vor der Situation, nicht mehr ihre Beamten bezahlen, nicht mehr ihre Renten auszahlen zu können. Das wäre eine finanzielle, eine wirtschaftliche, eine politische Katastrophe gewesen.

Gewiß, die Solidarität der Arbeiter ist die stärkste und beste Waffe. Diese Solidarität mit einem Schlage einzusetzen, wäre scheinbar auch eine Möglichkeit gewesen, die zum Erfolg hätte führen können. Tatsächlich sind aber außerparlamentarische Waffen in der heutigen Situation schwer anwendbar. Die Front-

seinem Kusse zu entgehen, der dann doch ihren armen zuckenden Mund traf — da war es ihr, als stünde sie unter dem glühenden Brandmaleisen des Henkers . . .

*

Es war wieder ein sonniger Herbstmorgen. Aber doch war seit gestern alles so ganz anders geworden.

Beim ersten Morgengrauen war Ernst Withold aus dem dumpfen Schlaf seelischer Zerschlagenheit, in den er erst lange nach Mitternacht hinübergelitten war, aufgewacht. Und sofort stand alles, was sich begeben hatte, grell und grausam klar vor ihm.

Was wird heute geschehen! sagte er sich. Skandal . . . Schimpf und Schande . . . Oder wird es so werden, wie van Dimmen gesagt hat: „Vielleicht kann ich Ihnen helfen?“ — Ja — — will er mir denn helfen?!

Aus seiner Tasche zog Withold ein leeres blaßgraues Kuvert hervor, dessen herbfühler Cyperduft ihn an etwas mahnte, das ihn für einen Moment dunkel erröten ließ . . . Aber das Kuvert war leer. Da war die Kamee drin versteckt gewesen, die eine tückische Hand ihm zugespielt hatte. Sonst nichts?! — Withold verneinte diese Frage — weil er es so wollte. Drum hatte er ja in diesen schlimmen Minuten noch die Geistesgegenwart gehabt, das Kuvert an sich zu nehmen — — weil er eine wahnsinnige Angst gehabt hatte, noch etwas anderes darin zu finden . . .

Nein — — diese Gefahr war vorüber. Denn sonst hätte van Dimmen kaum so beherrscht, so gelassen mit ihm reden können!

scheidung in Besitzende und Nichtbesitzende ist heute keine so klare, wie manche Heißsporne denken. Denn innerhalb der großen und wachsenden Schicht der Nichtbesitzenden und Abhängigen bestehen so starke Gegensätze, daß an ein gemeinsames Vorgehen nicht zu denken wäre. Weder die Kommunisten noch die deklarierten Mittelschichten würden mit der organisierten Arbeiterchaft sich zu gemeinsamem Kampf zusammenschließen.

Auch heute ist die finanzielle Situation noch keineswegs gesteuert. Die Devisenabzüge haben sich in den letzten Tagen wieder gesteigert. Die Maßnahmen, die die Reichsbank in dieser Situation ergriffen hat und ergreifen kann, sind ihrem Wesen nach zweischneidiger Natur. Immerhin wächst im Ausland das Verständnis für die schwierige Lage Deutschlands. Gewisse Anzeichen von Hilfsbereitschaft sind vorhanden. Aber einmal ist die Berichterstattung über die Vorgänge in Deutschland in der ausländischen Presse sehr ungünstig und steigert das Mißtrauen, dann aber ist es mit der bloßen Hilfsbereitschaft allein nicht getan. Auch die amerikanischen Banken sind in keiner so günstigen Lage. Das gleiche gilt in noch höherem Maße für England. Es gilt am wenigsten für Frankreich. Daher wurde in der Debatte von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß Frankreich vielleicht am ehesten für die Gewährung langfristiger Kredite in Betracht kommen könne.

Am Schluß der Debatte wurde die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung vom Bundesauschuß einmütig angenommen. Sie ist bereits in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ zum Abdruck gebracht worden.

In seinem Schlußwort sprach Leipart der Sozialdemokratischen Partei den Dank der Gewerkschaften für den moralischen Mut aus, den sie in den Stunden schwerster politischer Entscheidungen gezeigt hat. Die Schicksalsgemeinschaft zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die sich in diesen letzten Wochen in einer der großen Tradition beider Zweige der Arbeiterbewegung würdigen Weise bewährt hat, wird sich auch den kommenden Zeiten gewachsen erweisen.

Die Arbeit der Frau in der Industrie

Am 7. Juni trat in Lausanne (Schweiz) das Gewerkschaftliche Frauenkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB.) zu einer Sitzung zusammen, der folgende Delegierte beizuhöhen: W. Schevenels, Generalsekretär des IGB. (Vorsitzender), Gertrud Hanna (Deutschland), Jeanne Chevenard (Frankreich), Hélène Burniaux (Belgien). Die Genossinnen Erone (Dänemark) und Barley (Großbritannien) waren an der Teilnahme verhindert. Wegen der Abwesenheit der Genossin Barley, der die Berichterstattung über die Frage der Frauenlöhne übertragen war, wurde die Besprechung dieses Punktes der Tagesordnung auf eine folgende Sitzung vertagt.

Genossin Hanna erstattete Bericht über die Frage der Arbeit der Frau in der Industrie. Sie legte dar, daß der Uebergang von der handwerklichen zur industriellen Produktion sowie die damit zusammenhängende Proletarisierung der großen Massen

und die Zunahme der Bevölkerung die Zahl der Frauen vermehrte, die ihren Lebensunterhalt zu erwerben haben. Diese Entwicklung war zwangsläufig; sie wurde u. a. auch durch den Umstand beschleunigt, daß die Industrie die Befriedigung von Bedürfnissen übernahm, die früher ins Arbeitsgebiet der weiblichen Familienmitglieder gehörte (Herstellung von Kleidern, Wäsche usw.). Ein weiterer Faktor dieses Prozesses war der Fortschritt der geistigen Entwicklung der Frauen, der seinerseits wieder zu einem großen Teil auf den Umstand zurückzuführen ist, daß die Frau außerhalb der Familie eine bezahlte Beschäftigung suchen muß, um dank ihrer Fähigkeiten und ihrer Eignung auf dem Arbeitsmarkt der Konkurrenz des Mannes standhalten zu können. Die Zahl der Frauen, die ihren Lebensunterhalt verdienen, beträgt zurzeit in den industriellen Ländern durchschnittlich ein Drittel der Zahl der männlichen Arbeitskräfte. Die industrielle Arbeit ist zurzeit für Millionen von Frauen eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Die Maschine ist somit die wichtigste Ursache der industriellen Arbeit der Frau, und diese Arbeit wird durch die Rationalisierung begünstigt. Dieses erste Problem wirkt natürlich auch auf die Arbeit der Männer zurück. Der männlichen Arbeiter bemächtigt sich vielfach die Furcht, durch schlechter bezahlte weibliche Arbeitskräfte ersetzt zu werden. Genossin Hanna erinnerte in diesem Zusammenhang an die wiederholt bestätigte Stellungnahme des IGB., wonach die anzustrebenden Lösungen nicht zu einem Kampf gegen die Frauenarbeit führen dürfen, sondern es sich im Gegenteil darum handeln muß, eine Besserung der Lage der Arbeiter beider Geschlechter herbeizuführen. Dieses Resultat kann, wie jeder Gewerkschafter weiß, nur durch die systematische Organisierung des Proletariats erreicht werden. Die Organisierung der Frauen läßt jedoch noch viel zu wünschen übrig. Zurzeit gehört kaum ein Zehntel der in Lohnarbeit stehenden Frauen dem IGB. angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen an. Das Gewerkschaftliche Frauenkomitee erinnerte deshalb die Landeszentralen neuerdings daran, daß der Organisierung der Frauen die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden muß.

Im Laufe der Diskussion, an der sich alle Mitglieder beteiligten, wurden die verschiedenen Seiten der Frage eingehend behandelt. Allgemein wurde dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß es in den wichtigsten industriellen Ländern an zuverlässigen und vergleichbaren statistischen Angaben fehlt. Um diesem unhaltbaren Zustand zu begegnen, der eine wirksame Propaganda für die Verbesserung der sozialen Verhältnisse der in Lohnarbeit stehenden Frau beeinträchtigt, arbeitete das Komitee eine Anzahl von Vorschlägen aus, die dem Vorstand des IGB. unterbreitet werden sollen.

Das Komitee gab erneut dem Wunsche Ausdruck, daß periodisch internationale Arbeiterinnenkonferenzen abgehalten werden sollen. In diesem Sinne beschloß das Komitee, beim Vorstand die Einberufung der nächsten Internationalen Arbeiterinnenkonferenz für den Beginn des Jahres 1932 zu beantragen, d. h. 1 bis 2 Tage vor der Abhaltung der Ausschusssitzung des IGB.

Dies alles überlegend, war er aufgestanden, hatte sich angelehnt; flüchtig ging es ihm durch den Kopf, warum Hertha wohl nicht käme? Arme Hertha — — es hatte sie ganz niedergeworfen — stumm und starr vor Schrecken war sie gewesen...

Es klopfte, Therese kam mit dem Frühstück. Die gnädige Frau lasse sagen, der Herr Onkel sei nicht wohl — sie müsse eine Weile bei ihm bleiben. Und Withold war seiner Frau sehr dankbar, daß sie die Dinge so geordnet hatte. Er hatte auf einmal das Gefühl, es sei besser, wenn er jetzt nicht mit ihr zusammen sein müsse.

Die Morgenstunden vergingen in dumpfer, bleierner Schwere. Ernst nahm irgendeine Arbeit vor — es wollte nicht gehen. Er wollte lesen — — und dachte dabei immer nur an eines... Grausames Warten! Und wer weiß, wie lange es noch so fortgehen sollte...

So schleppte sich Viertelstunde auf Viertelstunde hin.

Aber endlich — — nach peinvoller Ewigkeit — — geschah etwas. Draußen auf der Straße schrillte eine Autohupe, Räder knirschten... Ernst fuhr aus seinem Warten auf, sah nach der Uhr: es war elf. Und plötzlich öffnete sich die Türe, und die knixende Therese sagte:

„Bitte einzutreten, Herr Generaldirektor!“

Da war nun die Entscheidung: und Withold straffte sich ihr entgegen...

Mit einem jovialen Lächeln begrüßte van Timmen den jungen Ingenieur und überblickte ihn prüfend. Dann sagte er:

„Sie haben keine gute Nacht gehabt — man sieht es Ihnen an! Aber nun ist alles wieder in Ordnung — —“

Ernst verstand zuerst nicht, so überwältigend brach die Erlösung über ihn herein.

„Herr Generaldirektor meinen — —“

„Daß Ihnen ein wirklich arger Streich gespielt worden ist, der sehr leicht hätte schlimm ausgehen können, wenn — — nun, wenn eben nicht ich zur Stelle gewesen wäre. Es konnten natürlich nur törichte Frauenzimmer glauben, daß Sie sich diese Unglückskamee hätten aneignen wollen — — ich — —“ und van Timmen betonte stark das Wort — — „habe keinen Moment so etwas auch nur gemutmaßt. Nur — — war es mir zuerst nicht klar — wer Ihnen das Stück in die Tasche praktiziert haben könnte. Darüber bin ich nun im reinen.“

Van Timmen sah Withold durchdringend, mit einem so unmerklichen, ironischen Lächeln in die Augen.

„Empfangen Sie also hiermit ganz formell die Entschuldigung meiner — Frau für ihre unüberlegte, kindische Unbesonnenheit, die Ihnen so böse Stunden bereitet hat. Und meinen speziellen Dank für den Takt, mit welchem Sie es vermeiden haben, selbst in größter Bedrängnis, meine Gattin bloßzustellen. Nicht jeder Schuldlose hätte an Ihrer Stelle so gehandelt!“

Withold hatte aufgeatmet. Aber als van Timmen von seiner Schuldlosigkeit sprach, mußte er für einen Augenblick die Lider schließen...

(Fortsetzung folgt.)